

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
Grossstr. 20,
Postfach Nr. 12.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grosshain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt:
Dresden 1500,
Verlag:
Riesa Nr. 52.

Nr. 296.

Donnerabend, 20. Dezember 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustehgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für 20 mm breite, 1 mm hohe Druckzeile 6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Besondere Rabatte erstlich, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Zähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegeranstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostkestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Polen und wir!

Es ist feststehend, daß die Reisen des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers nach Ostpreußen und Oberschlesien in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Ereignissen stehen, die sich in den letzten Wochen diesseits und jenseits der polnischen Grenze abgespielt haben. Sie sind einmal persönlich über den Stand der Dinge zu informieren, was für beide ein dringendes Gebot der Stunde, soll Deutschlands Ansehen an den Völkern so wirkungsvoll sein, daß es nicht verhallt, wie ein kurzes Echo. Auf Grund der Erfahrungen, die das auswärtige Amt über die polnischen Zwischenfälle eingeholt hatte, stellte dieses fest, daß man den Polen weit über zweihundert Gewalt- und Willkürakte nachweisen kann. Wer wollte Deutschland das Recht verweigern, hiergegen einmal aktive Schritte zu unternehmen!

Drei Gründe sind es, die bisher eine Verständigung mit Polen unmöglich gemacht haben. 1. Die Rechts- und Schulpflicht der deutschen Minderheiten in Polen, sowie der polnische Terror in den deutsch gebildeten Gebieten. 2. Die Handels- und Wirtschaftsverhinderung, die uns Polen bereitet, weil der deutsch-polnische Handelsvertrag noch nicht die Zustimmung unseres Reichstages gefunden hat, und 3. die Korridorfrage. Nun läßt sich zu allen diesen drei Gründen aber noch ein ganz erheblicher Kommentar geben, ja man muß Ausführliches hierzu sagen, will man der Auffassung bestimmter Gruppen entgegen treten, daß auch Deutschland bei all diesen Vorkommnissen nicht ganz schuldlos gewesen wäre. In sich haben ja allein die Grenzverhältnisse zwischen polnischen und deutschen Besitzungen erwiesen, daß es sich hierbei polnischerseits um rein propagatorische Maßnahmen gehandelt hätte. Und diese Auffassung hat gerade während der letzten Wochen wieder voll und ganz seine Bestätigung gefunden. Was die Minderheitenfrage angeht, sind wiederholt Noten ausgetauscht worden, ist deutscherseits an den Völkern abgestellt worden, alles blieb ohne Wirkung. Die Berichte der letzten Wochen sind wieder voll von Greuelthaten, weil deutsche Familien nicht ihre Kinder in polnische Schulen schicken wollen, weil sich Deutsche gegen die Voreingenommenheit und einseitige Einstellung der polnischen Gerichte empört haben, weil Polens Polizei und Militär nach Gründen sucht, wie sie Deutschen das Leben unentbehrlich machen können. Der Terror diesseits der Grenze ist durch die Ereignisse der letzten Wochen so bekannt, um in seinen Einzelheiten hier noch einmal angeführt werden zu müssen. Angeht es dieser Tatsachen hat Deutschland fürderhin nicht mehr nötig, durch förmliche Verhandlungen und Interpellationen die Polen anderen Einnes zu machen und so etwas zu erreichen. Diese Dinge sind für Deutschland eine reine Rechtsfrage, ein vertraglich garantiertes Recht, auf das es bei der nächsten Völkerbundssitzung trumpseln wird. Anders ist die Korridorfrage zu beurteilen. Dieses an Polen abgetretene Gebiet, das sich mitten durch deutsches Land zieht, muß schon aus rein völkischen Erwägungen Kompensationen zwischen zwei Staaten hervorrufen. Die Aufgabe dieses Korridors durch Polen muß Deutschland daher fortgesetzt zum Gegenstand intensiver Verhandlungen machen. Polen scheidet sich selbst in diesem Korridorgebiet nicht mehr allzu sicher, weil die Bevölkerung nach wie vor in der Mehrzahl deutsch denkt und deutsch fühlt; andererseits weiß selbst andere Staaten für eine Besetzung dieses Korridors eingetreten sind. Selbst Amerika hat einmal zum Ausdruck gebracht, daß die Zwischenfälle schwerlich zu vermeiden sein werden, solange nicht der polnische Korridor beseitigt ist. Allerdings muß man diese Angelegenheit schon etwas bestimmter beurteilen, denn Polen wird auf dieses Korridorgebiet nur schwerlich Verzicht leisten wollen, es sei denn, Deutschland würde statt dessen Zugeständnisse machen, die im Grunde genommen auf dasselbe hinauslaufen.

Die Frage des deutsch-polnischen Handelsvertrages ist heute noch nicht völlig geklärt. Der Vertragsentwurf steht bekanntlich vor, daß Polen größere Einfuhrmöglichkeiten in Bezug auf Fleisch und landwirtschaftlichen Produkten erhält. Der Reichstag hat diesem Vertrage noch nicht zugestimmt, weil er wohlwollend eine weitere Erhebung der schon schwer lastenden ökonomischen Landwirtschaft mit sich bringen würde. Jede Einfuhrerleichterung von Agrarerzeugnissen anderer Länder muß zwangsläufig eine Reduzierung des Gewinns inländischer Erzeugnisse mit sich bringen. Die Nichtunterzeichnung dieses Vertrages behält Polen gegenüber seinerseits dazu, uns in allen Handels- und Zollangelegenheiten nach dort die denkbar größten Schwierigkeiten zu machen.

Durch diese drei Punkte ist das Verhältnis zwischen Polen und uns charakterisiert, allein, sämtliche polnischen Schandthaten der letzten Zeit finden darin nicht nur die Ursache, Polen macht von Zeit zu Zeit einen Vorstoß mit der Behauptung, Deutschland würde erneut aufrücken, anstatt abzurücken, Deutschland würde namentlich diesseits der Grenze seine bewaffneten Mächte zusammenschließen, Hindenburg hätte eine Reise nach Ostpreußen unternommen, um die strategischen Verhältnisse für einen neuen Krieg gegen Polen auszukundschaffen und dergleichen mehr. Wer Seltsamkeit hat, polnische Zeitungen zu verfolgen, der wird solchen und ähnlichen Unsinn tagtäglich geschrieben finden. Polen glaubt im Grunde genommen selbst nicht daran, aber es benutzt diese Märchen eben als Vorwand, um seine Hand über ausgerechnet im Grenzgebiet abzuheften, um Deutsche mit unnachlässiger Strenge zu bestrafen und abzustrafen und schließlich, um dem Völkerverein ganzes Verhalten gegenüber Deutschland zu motivieren.

Die neue Note Deutschlands gegen Polen.

10. Berlin. Die Reichsregierung hat, wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, am Freitag eine weitere Note beim Völkerbundsekretariat einreichen lassen, die sich wiederum gegen die polnischen Gewaltakte richtet und sich auf die Entziehung der deutschen Minderheitsrechte in Pommern bei den polnischen Wahlen bezieht. Auch in Pommern sind zahlreiche Verbrechen gegen das Wahlrecht der Deutschen vorgekommen, die in keiner Weise mit dem Minderheitsvertrage vereinbar sind, der im Jahre 1919 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Polen abgeschlossen ist.

Auch diese Vorfälle werden hierlich in der Tagung des Völkerbundes im Januar behandelt werden. Auch in Pommern haben die Polen alle nur denkbaren Mittel, um Teil mit Gewalt angewandt, um die deutsche Minderheit um ihr Wahlrecht zu bringen. Nur ein Teil der Gewaltakte, die aus der Wahlbewegung bekannt geworden sind, mögen im Hinblick auf die Liebererklärung der Note in Erinnerung gerufen sein. Im ganzen haben sich die Vorgänge in ähnlicher Weise abgespielt, wie sie schon in den beiden deutschen Noten in Bezug auf Oberschlesien dargestellt worden sind. Vielfach wurden Wähler, besonders solche Personen, die irgend wie von polnischen Amtsträgern abhängig sind, zur Offenlegung des Stimmzettels, den sie abgeben wollten, gezwungen. Die Wahlvorbereitungen der deutschen Minderheit wurden in der schamlosesten Weise gekübeln oder ganz unmöglich gemacht. Den Gewählten, die Versammlungsräume den Deutschen zur Verfügung stellen wollten, wurde von den Gemeindevorständen mit Entziehung der Konzession gedroht. Selbst Deutsche, die in der Wahlaktion tätig waren, wurden einfach verhaftet. Unter anderem wurden zwei Deutsche Reisende und Maurer, die Wahlmaterial verteilten wollten, kurzzeitig auf dem Bahnhof in Dirschau verhaftet, das Wahlmaterial wurde ihnen abgenommen und sie wurden in das Polizeigefängnis abgeführt. Zwar wurden sie später wieder entlassen, das Material wurde ihnen auch wieder zurückgegeben, aber der Zeitpunkt ihrer Entlassung muß irgend wie bekanntgemorden sein, denn in dem Augenblick, als sie aus

der Haft herauskamen, wurden sie von einer polnischen Bande von 15 Mann überfallen, die ihnen das Wahlmaterial wieder entriß und sie mit Säcken so bedeckte, daß die Berichten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Genau wie in Oberschlesien spielte sich dieser Vorgang unter den Augen der Polizei ab, die nicht im mindesten daran dachte, die Angreifer zu verfolgen.

In einem Wahlkreis des Brandenburg Bezirks wurden rund 30000 deutsche Wahlstimmen für ungültig erklärt, sie wurden von der Liste gestrichen unter dem Vorwand, daß die Unterschriften unleserlich seien oder daß falsche Adressen angegeben worden seien oder daß die Berufsanfragen nicht stimmten. Es scheint geradezu als lächerlich, wenn zum Beispiel die Unterschrift einer Kontantin nicht anerkannt wurde, weil sie sich als Brautangehörige hätte bezeichnen müssen.

Im Wahlkreis Brandenburg wurden ferner 1500 Wähler um ihr Wahlrecht gebracht, sie wurden zurückgewiesen, weil sie nicht polnische Staatsangehörige seien, wobei selbst amtliche Ausweise mit der Besetzung der Staatsangehörigkeit nicht anerkannt wurden. Im Wahlkreis Bromberg verfuhr ein Starost Berets, die deutschen Wähler durch die Bildung einer Splitterpartei zu beeinträchtigen.

Der Starost übte zugleich die Funktion eines amtlichen Wahlkommissars aus und trieb eine ganze Menge deutscher Minderheitsangehöriger von der offiziellen deutschen Liste und legte damit eine Liste der Splitterpartei an. Die Skrupellos dabei verfahren wurde, zeigt der Umstand, daß ein erheblicher Teil recht fragwürdiger Elemente auf die Liste der Splitterpartei gesetzt wurde, z. B. ein gewisser Plekarski, der schon wegen schweren Diebstahls bestraft war und erst kurz zuvor aus dem Zuchthaus entlassen war.

Durch alle solche Maßnahmen sind also viele deutsche Minderheitsangehörige von der Ausübung ihres Wahlrechts ausgeschlossen worden. Offenbar wird auch dieses Material dem Völkerbund die Pflicht zeigen, gegen die polnische Willkür einzutreten und den Deutschen, die die polnische Staatsangehörigkeit haben annehmen müssen wieder zu ihrem Recht zu verhelfen.

Beretreter der Beamten beim Reichskanzler.

11. Berlin. Reichskanzler Dr. Brüning empfing in Gegenwart des Reichsministers des Innern, Dr. Wirth, und des Reichspostministers, Dr. Schädel, Vertreter der Beamten-Eigenorganisationen. Er hatte diese Aufforderung mit ihnen erbeten, um gegen die verschiedenen in der Öffentlichkeit sich breitmachenden unverantwortlichen beanstandeten Behauptungen zu nehmen und die Haltung der Reichsregierung zu der Beamtenfrage klarzulegen.

Der Reichskanzler erinnerte daran, daß er bereits bei Gelegenheit der Einbringung des Wirtschafts- und Finanzplans in seiner Rede vom 16. Oktober 1930 vor dem Reichstag von der Schicksalsverbundenheit zwischen Beamten und Staat gesprochen habe. Er habe schon damals namens der Reichsregierung versprochen, für die Erhaltung eines pflanzlichen Beamtenums tatkräftig einzutreten, sowie alle unbedingten Angriffe von ihm abzuwehren. Bei der Besprechung mit dem Reichskanzler näher auf diese Frage ein und betonte, daß gerade in der heutigen schweren Zeit das Berufsbeamtenum die zuverlässigste Stütze des Staates sein müsse. Er könne sich nicht vorstellen, wie die schweren Aufgaben ohne ein treues und zuverlässiges Berufsbeamtenum zu lösen seien.

Gegenüber den vorgetragenen Beschwerden über die lauti gewordenen Beamtenindividuen Angriffe wies der Reichskanzler darauf hin, daß die Beamtenhaft mit vollem Recht beanstandet wurde, daß die Allgemeinheit mehr Verständnis für ihre Tätigkeit aufbringe. Die Beamtenhaft lege ihre ganze Kraft und ihre ganze Persönlichkeit für Volk und Staat ein. Ihre ausschließliche Hingabe an den öffentlichen Dienst müsse daher auch von der Öffentlichkeit anerkannt und richtig gewürdigt werden. Von jeder Seite der deutsche Beamte weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus als Vorbild uneigennütziger Pflichttreue und Unerschlichkeit gegolten. Er sei stets die härteste Stütze eines geordneten Staatslebens gewesen, und auch in den jetzigen überaus schwierigen Zeiten baue die Reichsregierung auf dem opferbereiten und dienstreudigen Geist der Beamtenhaft.

Namens der Reichsregierung sprach der Reichskanzler die Erwartung aus, daß die Beamtenhaft nach wie vor

unverbrochen ihre ganze Arbeitskraft dem Staate hingabe, nur dann werde es möglich sein, die gegenwärtige schwere Notlage des Staates zu überwinden. Als unverantwortlich bezeichnete es der Reichskanzler, daß den Beamten vielfach ihre Entlohnung, die nur einer angemessenen Lebenshaltung entspreche, mißhandelt werde. Der die Dinge wirklich objektiv beurteile, müsse anerkennen, daß die heutigen Bezüge nur bei sparsamer Wirtschaftsführung ausreichend seien. In der Öffentlichkeit werde übersehen, daß die Bezüge der Beamten gesetzlich gebunden seien. Die Beamtenhaft habe nicht die Möglichkeit, ihre Bezüge tariflich zu regeln und damit den jeweiligen Wirtschaftsverhältnissen anzupassen. Dieser Mangel wirkte sich bei Konjunkturschwankungen zum Schaden der Beamtenhaft aus. Die Sanierung der gesamten öffentlichen Hand habe eine Kürzung der Beamtengehälter notwendig gemacht, die angesichts der in gewissem Umfang am weitesten gestiegenen Kaufkraft des Geldes begründet erscheine. Er vertraue mit der gesamten Reichsregierung darauf, daß die Beamtenhaft Verständnis dafür habe, daß auch sie materielle Opfer bringen müsse. Im Zuge der Weiterentwicklung sei auch in Deutschland ein Herangehen an das Preisniveau, also auch bei Löhnen und Gehältern, notwendig geworden. Gerade im beamtenpolitischen Interesse sei ein etwas verringertes Gehalt bei gesicherten Staatsfinanzen bei weitem einem unveränderten höheren Gehalt vorzuziehen, dessen Auszahlungsmöglichkeit infolge gerüttelten Staatshaushalts aber mehr als zweifelhaft geworden wäre.

Der Reichskanzler versicherte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Reichsregierung die ungerechten Angriffe gegen die Beamtenhaft lebhaft bedauere. Da die Reichsregierung es nicht dulden könne, daß die Beamtenhaft zu Unrecht Zielsetze der öffentlichen Verbotsung werde, werde er, der Reichskanzler, im Interesse des Staates alles tun, um gegen die Verleumdung des Berufsbeamtenums vorzugehen und die schweren unbedingten Angriffe von der Beamtenhaft mit Nachdruck abzuwehren. Die Beamtenhaft könne daher zu der Reichsregierung das größte Vertrauen haben.

Vergleichsbemühungen zwischen dem Reich und Thüringen

Leipzig, 20. Dezember.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, hat die Parteien in der Streitsache Reich-Thüringen auf Montag, den 22. Dezember, zu einer Aussprache nach Leipzig gebeten. Er beabsichtigt, den Parteien einen Vergleich vorzuschlagen und mit ihnen über diesen Vorschlag zu verhandeln.

vielen. Es findet ja auch namentlich in Frankreich ein sehr williges Ohr für diese Revolvermeldungen!

Für Deutschland kommt es jetzt darauf an, vor dem Völkerverbund gegenüber Polen eine geballte Faust zu zeigen. Deutschland hat den Willen, derartige Anfeindungen und Mißhandlungen auf legalem Wege befristet zu sehen, es wird aber nicht ruhen, ehe nicht die Deutschen in Polen und in den Abtretungsgebieten wieder ihre persönliche Freiheit genießen.

Die Informationsreisen des Kanzlers und des Außenministers werden vielleicht noch dazu beitragen, greifbares und präzises Material gegen Polen aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Dr. Erwin Steinle.